

Dr. Michael Wolf, 15. März 2025

## **Bericht zur Lage**

Sehr geehrter Herr Bischof,  
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

„May you live in interesting times“ – Fluch und Wunsch gleichzeitig. Ich bin der Meinung, das tun wir. Ich glaube auch, dass ich noch keinen Bericht zur Lage so oft an die sich im Stundentakt ändernde Lage angepasst habe.

### **1. Anschläge und Wahlkampf**

Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg, Mannheim – Anschläge auf Unschuldige. Schutz gegen solche Angriffe mit Küchenmesser und Auto sind fast unmöglich. Messer finden sich in jeder Küche und Autos in jeder Familie. Beides kann zum Guten und zum Schlechten verwendet werden. Ein fahrender, eine Tonne schwerer Kleinwagen, hat durchaus die Energie einer Artilleriegranate, was uns die Zahl der Opfer solcher Angriffe bildlich vor Augen führt.

Jeder Angriff auf Menschenleben ist falsch. Die jüngsten Angriffe hatten entweder einen islamistischen Hintergrund oder werden durch eine psychische Krankheit erklärt. Islamismus, das glauben wir zu kennen, das ist greifbar, das ist angreifbar, das ist politisch nutzbar. Psychische Gründe sind schwerer verständlich.

Der Anschlag auf die Kindergartengruppe in Aschaffenburg hat den diesjährigen Wahlkampf völlig verändert. Wichtig wäre das Thema Wirtschaft gewesen – Deutschland befindet sich in einer Phase der Rezession und Besserung scheint kurzfristig nicht in Sicht zu sein, nicht bei den von den USA ausgelösten wirtschaftlichen Wirren. Gegenmaßnahmen wären wünschenswert. Nach dem Tod des zwei Jahre alten marokkanischen Jungen und dem des beherzt eingreifenden 41-jährigen Deutschen war das Thema Wirtschaft verschwunden. Es geht nur noch um die Frage der Migration.

Migration ist eine politische Aufgabe. Nicht nur vom Standpunkt „was können wir als Gesellschaft leisten“ sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Flüchtenden. Und dann kommen da noch ethische und gesellschaftliche Aspekte hinzu. Können wir Menschen, die vor kriegerischen Handlungen oder vor Verfolgung aus der Heimat fliehen, den Schutz verweigern? In der Vergangenheit waren auch Deutsche Flüchtlinge. Meine Großeltern konnten von der Ablehnung der Flüchtlinge aus dem Osten durch die alteingesessene Bevölkerung erzählen. Denken wir daran – das Neue Testament erzählt uns, wie Maria, Josef und Jesus vor der Verfolgung des Herodes nach Ägypten flohen. Das war, wenn es denn wirklich so geschehen ist, mit Sicherheit kein Urlaubsausflug mit Besichtigung der Pyramiden von Gizeh und der Bibliothek von Alexandria. Da ging es – damals wie heute – um das Überleben und das tägliche Brot.

### **2. Gesellschaftliche Auswirkungen der Migration**

Auch wir haben etwas von der Migration, auch wenn es der Eine oder die Andere nicht wahrhaben will – sie birgt die Möglichkeit die Überalterung der Gesellschaft aufzuhalten. In

Deutschland werden zu wenig Kinder geboren, um einen gesunden Altersdurchschnitt halten zu können. Wir wären ohne Zuwanderung auf dem Weg Japans in die Überalterung. Und was bedeutet das für uns? Das bedeutet entweder Familien mit Kindern besser zu stellen oder aber Einschränkungen bei anderen Ausgaben. Konrad Adenauer war der Meinung, dass es immer genug Kinder geben würde, um die Renten langfristig zu finanzieren – wir zeigen gerade, dass das eine falsche Annahme war. Ohne Zuwanderung geht diese Rechnung nicht mehr auf. Der Spiegel schreibt in der letzten Woche<sup>1</sup>, dass bei aktueller Gesetzeslage das Rentenniveau in den nächsten 15 Jahren von aktuell 48 % auf 44,9 % absinken wird – und das bei einer bereits berücksichtigten Nettozuwanderung von 300.000 Menschen pro Jahr und den Zuschüssen an die Rentenkasse aus den Steuereinnahmen. Diese Absenkung wird nicht die so hart treffen, die ihr ganzes Leben gut verdient haben und sich ein finanzielles Polster für die Zukunft schaffen konnten, es trifft die Normal- und Kleinverdiener, denen das nicht wirklich möglich war.

Und lassen Sie mich noch eine Beobachtung hier mit einbringen: Wenn ich mich in unseren Krankenhäusern umsehe, dann haben ein großer Prozentsatz der Pflegekräfte aber auch der Ärzte einen Migrationshintergrund. Ähnliches gilt für Pflegeheime. Wären diese Personen nicht mehr verfügbar, hätten wir große Probleme. Nehmen Sie Großbritannien, dort haben nach dem Brexit viele medizinische Fachkräfte das Land verlassen und die schon zuvor nicht besonders gute Behandlung noch verschlechtert.

Im Wahlkampf wurde viel über die Verschärfung der Migrationsgesetze gesprochen. Schließen der Grenzen und Kontrolle – aber es gibt keine Aussagen, wie das funktionieren kann. Die Gewerkschaft der Polizei weist darauf hin, dass für eine Grenzkontrolle wie zu Vorkriegszeiten gar nicht genügend Polizisten zur Verfügung stehen. Stellen wir heute diese fehlenden Polizisten ein, dann braucht es so etwa drei Jahre, bis sie in den Einzeldienst entlassen werden können.

Aus meiner Sicht sind zwei Dinge notwendig: Anwendung bestehender Gesetze und Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern. Nur wenn die Menschen eine Zukunft in ihrem eigenen Land oder der eigenen Region sehen, werden sie dortbleiben. Das Zurückfahren oder Streichen von Entwicklungshilfe ist da der falsche Weg. Bei der Durchsetzung der vorhandenen Gesetze brauchen wir für die Verwaltungs- und Durchführungsprozesse zu viel Zeit. Es kann nicht sein, dass Fristen, die im Rahmen des Dublin-Abkommens definiert sind, einfach verstreichen. Das ist Organisationsversagen. Es darf nicht sein, dass Immigranten Monate oder Jahre auf rechtsgültige Entscheidungen warten müssen. Das ist unzumutbar. Es kann nicht sein, dass rechtskräftige Entscheidungen nicht durchgesetzt werden. Das stellt den Rechtsstaat in Frage. Es ist eine Beschleunigung der Umsetzung notwendig, nicht eine Verschärfung der Gesetzeslage. Erst optimieren und dann sehen, wo Lücken im Gesetz sind, um diese zu schließen.

### **3. Remigration**

Und dann ist da noch das Reizwort „Remigration“. Das ist für mich Populismus in Reinform. Vielleicht ist hier die Frage gemeint „wann ist man Deutscher“ oder „unter welchen

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/rente-plus-von-3-74-prozent-die-womoeiglich-letzte-gute-nachricht-fuer-rentner-a-b3a50d85-e9ed-4efb-a5be-2790dd932456>

Bedingungen darf ich in Deutschland bleiben“. Deutscher ist, wer einen deutschen Pass hat oder von Deutschen abstammt. Aber gibt es denn da zeitliche Limits? Sind die aus Polen eingewanderten Arbeiter des 19. Jahrhunderts in der Zwischenzeit Deutsche? Was gilt für die Wolgadeutschen, die ihre Wurzeln in die Zeit Peters des Großen zurückverfolgen können? Vor der Reichsgründung wäre der Umzug von Würzburg nach Frankfurt schon international gewesen – gibt es doch Deutschland erst seit 1871.

Was die Frage nach den Polen angeht, werden alle „ja“ sagen. Keiner zweifelt an, dass die auf „ski“ oder „witz“ endenden Namensträger Deutsche sind. Ich glaube, wir sind als Gesellschaft integrativer als manche von uns, insbesondere manche Parteien, wahrhaben wollen. Tino Chrupallas Nachname kommt vom polnischen chrupała. Böse ist, wer Böses denkt.

Und wenn wir schon beim Thema sind: Wenn die Attentäter wie in Magdeburg oder Aschaffenburg Ausländer sind – am besten mit muslimischem Hintergrund – dann wird von der extremen Rechten sofort versucht, die Massen zu mobilisieren und zu instrumentalisieren. Aber wo bitte war die Reaktion auf die Amokfahrt in Mannheim mit einem deutschen Fahrer? Da war es still. Jeder Anschlag auf Leib, Leben und Gesundheit oder Wirtschaftsgüter ist verwerflich und muss im Rahmen der bestehenden Gesetze verfolgt werden. Und die Justiz ist – Gott sei Dank – Farbenblind.

#### **4. Zeitenwende im Westen**

Aber nicht nur in Deutschland auch international zeichnet sich eine „Zeitenwende“ ab. Nach der Amtsübernahme von Donald Trump hat sich in der internationalen Zusammenarbeit so einiges geändert. Die Sicherheit, die Verlässlichkeit des größten westlichen Partners ist nicht mehr gegeben. Trump scheint alles auf ein Geschäft zu reduzieren: Alles, was er tut, muss ein guter „Deal“ für die USA sein. Dabei wird der Erfolg oder Misserfolg eines Deals aus rein wirtschaftlichen Betrachtungen ermittelt, Moral wird hinten angestellt – und die Auswirkungen scheinen nicht immer durchdacht zu sein oder, und das ist was ich befürchte, sie sind sehr wohl durchdacht und nur wir sehen das Ziel hinter manchen scheinbar erratischen Aussagen (noch) nicht.

Mit seiner Androhung und Aussetzung von Zöllen bringt er den internationalen Handel durcheinander. US-Präsident Trump will, nach eigenen Aussagen, das „unfaire Verhalten“ der anderen Länder – wie zum Beispiel das der Europäischen Union, Kanadas oder Mexicos – abstellen. Er hat dabei auch die für Deutschland wichtige Automobilindustrie ins Visier genommen. Dabei ist ihm wohl nicht klar, dass gemessen am Wert, der größte US-amerikanische Autoexporteur BMW ist. In Spartanburg werden sogenannte „Premium-PKW“ gebaut, die in die ganze Welt exportiert werden.

Sicher, es gibt ein Ungleichgewicht auf dem Fahrzeugmarkt. Der Bedarf an großen Fahrzeugen wie dem Ford F-150 Pickup Truck ist in Europa eher gering. Der in den USA meistverkaufte Pickup ist für die meisten europäischen Parkplätze zu groß, für die engen Straßen unserer alten Städte wenig geeignet und im Unterhalt zu teuer. Ein 3,5 Liter oder gar der 5 Liter Motor sind „normal“. Über den Benzinverbrauch und die damit verbundenen Kosten sowie den Schaden für die Umwelt und das Klima brauchen wir hier nicht zu diskutieren, sie sind selbstevident. Für europäische Kunden ist Effizienz wichtig.

Kommen diese Zölle wirklich, so ist mit einem heftigen Einfluss auf unsere – bereits durch die Wirtschaftslage in Deutschland heftig gebeutelte – Automobilindustrie zu rechnen.

## **5. Ukraine und Auswirkungen**

Und dann ist da noch der Krieg in der Ukraine und Trumps Umgang mit der NATO. Zum einen macht er sich die Sichtweise seines „Buddys“ Putin zu eigen, zum anderen stoppt er zeitweise die Militärhilfe an die Ukraine und, last but not least, stellt er das Militärbündnis NATO in Frage. Ein Bündnis, das Westeuropa nun 76 Jahre vor Krieg bewahrt hat. Ein Bündnis, bei dem wir als Europäer uns immer auf die Amerikaner als Partner verlassen konnten und umgekehrt. Die USA sind das einzige Land, das unter Artikel 5 des NATO-Vertrags Beistand angefordert hat. Auch europäisches Militär hat die Ostküste nach 9/11 mit AWACS abgesichert und auch europäische Soldaten sind in Afghanistan an der Seite der US-Amerikaner gefallen.

Es ist richtig, Deutschland und andere europäische Länder haben den Zeitraum des Friedens nach 1990 genutzt, um Investitionen in das Militär zu vermeiden. Ebenso hat sich die strategische Aufgabe verlagert: von der Landesverteidigung hin zu einer international einsetzbaren Eingreiftruppe, deren Ausrüstung und Ausbildung sich deutlich von der vorherigen unterscheidet. Peter Struck sagte 2012, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt würde. Jetzt sind wir zurück in der Landesverteidigung und sehen, welchen Nachholbedarf wir haben. Verstehen Sie mich richtig: Wir haben den Bedarf und unter den gegebenen politischen Realitäten müssen wir investieren: Es ist Aufgabe des Staates die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Im Inneren geschieht dies durch die Polizeien, die auch nicht gerade im Überfluss schwimmen und nach Außen durch die Bundeswehr. Klar getrennte Aufgaben. Die Regierung ist verpflichtet, unseren Soldaten die Bewältigung ihrer Aufgabe zu ermöglichen.

Aber: Geld allein ist nicht alles. Woher werden die notwendigen Soldaten kommen? Wenn die Finanzmittel am Kapitalmarkt ohne Grenze aufgenommen werden und noch ein Sondervermögen für die dringend erneuerungsbedürftige marode Infrastruktur kommt, dann hat das vielfältige Auswirkungen. Geld, das wir für diese Aufgaben ausgeben, führt zu einer Belastung der Zukunft. Unsere Kinder und Enkel werden den Gürtel enger schnallen müssen als wir. Ausgaben in der geplanten Höhe wird die Inflation steigen lassen. Die Immobilienzinsen sind, wie Donnerstagsmorgen berichtet, bereits in vorausschauendem Gehorsam angestiegen.

## **7. Wohnungsmarkt**

Und damit sind wir bei den andere Aufgaben – sehen Sie nur auf die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wir stellen zu wenig neuen Wohnraum zur Verfügung. Oder anders gesagt: Wir bauen zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Ich wundere mich über die Immobilien- und Mietangebote gerade in den Ballungsräumen: Wer kann das bezahlen? Ob neuer Wohnraum durch Umwidmung von bestehenden Gebäuden oder aber Neubau bereitgestellt wird, unterscheidet sich für mich erst mal nur durch den Flächenverbrauch. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Bei der immer weiter auseinanderklaffenden Einkommenssituation bedeutet das: Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden. Hier sind wir alle gefordert – Bund, Land, Kommunen aber auch die Kirchen und deren Siedlungswerke. Geld, das hier

angelegt ist, ist gut angelegt. Neben einem lebenswerten und bezahlbaren Wohnraum ist auch ein politischer Einfluss zu berücksichtigen: Die AfD hat bei der letzten Bundestagswahl über 20 % der Stimmen auf sich vereint. Ich glaube nicht, dass die Wähler alle dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind – aber viele von ihnen sind diejenigen, die sich von den Parteien der Mitte nichts mehr erwarten.

## **8. UKAM-Studie**

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz den Blick auf unsere Diözese richten.

Am 8. April 2025 wird die UKAM-Missbrauchsstudie veröffentlicht. Diese Studie ist die erste Bistumsstudie, die nicht von einer Diözese, sondern von einer unabhängigen Stelle in Auftrag gegeben wurde. Vorbildlich. Ich hoffe aber inständig, dass wir von allen Fällen schon wissen und wir nicht von neuen Erkenntnissen überrascht werden. Ich erwarte trotzdem mediale Aufmerksamkeit, weil sicherlich Verantwortlichkeiten benannt werden. Eine Reaktion des Bistums wird notwendig sein – und vielleicht für viele auch schmerzhaft.

Der Generalvikar ist ja schon seit letztem Monat „on Tour“, um die bisher getroffenen Maßnahmen bei Haupt- und Ehrenamtlichen ins Gedächtnis zu rufen und für Verständnis zu werben. Aus meiner Sicht ist das wichtig. Tu Gutes und rede darüber. Es ist unser aller Aufgabe, die Kirche zu einem sicheren Raum für jeden zu machen – ob jung oder alt, ob männlich, weiblich oder welchen Geschlechts auch immer. Nehmen Sie bitte die vom Bistum angebotenen Schulungen wahr und seien sie aufmerksam. Es gilt dem Missbrauch vorzubeugen – und Vorbeugen ist besser als Heilen.

Und abschließen möchte ich mit einem versöhnlichen Zukunftsthema. Der Synodale Weg ist im Wesentlichen abgeschlossen, jetzt gilt es, die Ergebnisse umzusetzen. Bischof Franz ist in der Kommission 2, die die Umsetzung der Beschlüsse verfolgt. Aktuell sind wir in der Umstellung des Diözesanpastoralrats hin zu einem synodalen Gremium. Wir werden in dieser Vollversammlung noch über die mit dem Bischof abgestimmte neue Zusammensetzung des Diözesanpastoralrats berichten. Wir sind da, meiner Meinung nach, auf einem guten Weg. Sicher, wir sind noch auf dem Weg und das bedeutet, dass wir uns eingestehen müssen: Wir sind noch nicht am Ziel. Aber ich blicke da positiv in die Zukunft.

Bei so vielen Unwägbarkeiten und Problemen möchte ich Ihnen mit zwei Zitaten Mut machen: Karl Valentin formulierte so treffend: „Heute ist die gute alte Zeit von morgen“ und Mahatma Gandhi stellt fest: „Die Zukunft basiert auf dem, was wir heute tun.“ Also, fangen wir an, arbeiten wir gemeinsam an unserer Zukunft in Kirche und Gesellschaft!

Soweit der Bericht des Vorsitzenden zur Lage. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.